

## Nur leise Kritik an den Jahreszielen

**Kenntnisnahme** Die Regierung sei schon etwas stolz auf das Erreichte, sagte Frau Landammann Karin Kayser. Es sei aber keine Zeit zum Ausruhen. «Auch 2022 wollen wir die Jahresziele angehen.» Und von diesen gibt es einige, wie die Liste zeigte, die dem Landrat zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde. Therese Rotzer (Mitte, Ennetbürgen) wies namens der Finanzkommission auf die Steuerstrategie hin. Ziel ist es, die Spitzenposition des Kantons im interkantonalen Steuerwettbewerb zu halten. Das Ziel sei ja beinahe schon erreicht. Sie erinnerte daran, dass es aber mehr brauche, als nur tiefe Steuern, um attraktiv zu bleiben.

Delf Bucher (Grüne, Buochs) fand, mit Blick auf die ökologischen Aspekte seien die Ziele im Zusammenhang mit dem Klimawandel bescheiden. «Es ist Prävention gefordert, davon ist aber wenig drin.» Man finde zwar Bekenntnisse des Kantons dazu, aber nur wenig konkrete Massnahmen. So sei das Problem Methangas wohl ein zu heisses Eigenes für den Landwirtschaftskanton. Jörg Genhart (SVP, Stans), Präsident der Finanzkommission, wies schliesslich noch darauf hin, dass die Jahresziele doch eigentlich nicht von der Fiko behandelt werden sollten, sondern von der Aufsichtskommission. (unp)

## Und sonst

### Notverordnung über die politischen Rechte

Das Parlament genehmigte die Notverordnung über die Sicherstellung der politischen Rechte während der Covid-19-Pandemie. Es bedürfe einer Verlängerung der bereits früher genehmigten Verordnung, sagte Regierungsrätin Karin Kayser. Thomas Wallimann (Grüne, Ennetmoos), Präsident der Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS), sprach von den richtigen Rahmenbedingungen für den politischen Alltag.

### Hochschule hat immer mehr Studierende

Der Landrat nahm ohne Diskussion Kenntnis vom Bericht der Interparlamentarischen Fachhochschulkommission (IFHK FHZ) zum Tätigkeitsbericht und zur Jahresrechnung 2020 der Hochschule Luzern.

## Korrekt

### Falscher Betrag in Versammlungsvorschau

**Ennetmoos** Im gestern erschienenen Artikel «Ennetmooser sollen Steuergeschenk erhalten» ist uns ein Fehler unterlaufen. Der Kirchenrat der katholischen Kirchgemeinde rechnet nicht mit einer jährlichen Erhöhung von 80500 Franken bei der Aufwandsentschädigung. Die erwartete Erhöhung würde sich lediglich auf 8500 Franken pro Jahr belaufen. Wir bitten um Entschuldigung. (red)

# Landrat genehmigt das Budget 2022

2022 sollen die Kantonsfinanzen im Plus abschliessen. Einen Überschuss soll es auch im laufenden Jahr geben.

**Martin Uebelhart**

Finanzdirektor Alfred Bossard hielt gestern im Landrat fest, es hätte ihm wohl niemand geglaubt, dass das Budget 2022 positiv abschliesse. Und darüber hinaus auch die Rechnung für das laufende Jahr massiv besser abschliesse als angenommen. Es zeige sich, dass sich die Wirtschaft schneller erhole als gedacht. Dazu habe beigetragen, dass es hierzulande keinen vollständigen Lockdown gegeben habe und unbürokratische Hilfe in verschiedenen Bereichen geleistet worden sei.

Der Voranschlag rechnet bei einem Aufwand von rund 403 Millionen Franken mit einem Plus von 4,7 Millionen Franken. Ein Grund dafür ist die Ausschüttung des Gewinns der Schweizerischen Nationalbank, der rund 20 Millionen in die Kassen des Kantons spülen soll, so Bossard. In der Investitionsrechnung geht der Regierungsrat von Nettoinvestitionen in der Höhe von 38 Millionen Franken aus.

Jörg Genhart (SVP, Stans) hielt als Präsident der Finanzkommission (Fiko) fest, «dass wir bei aller Freude und Euphorie unser strukturelles Defizit noch nicht überwunden haben». Wenige Sonderfaktoren seien für den positiven Abschluss verantwortlich.

### Kein Grund für Freudenstrünge

Urs Christen (FDP, Beckenried) mahnte zur Vorsicht. Nicht zuletzt beim Nationalen Finanz-



Der Landrat tagte gestern im Loppersaal in Hergiswil.

Bild: Philipp Unterschütz (24. November 2021)

ausgleich würden dunklere Wolken aufziehen. Der Rat müsse sich auch an der eigenen Nase nehmen. Was beschlossen werde, habe Auswirkungen auf die Personalkosten.

Paul Odermatt (Mitte, Oberdorf) befand, der Ausblick auf die kommenden Jahre sei kein Grund zu Freudenstrünge. Es gebe viele Variablen, die sich schnell ändern könnten. Peter Wyss (SVP, Stans) sagte, man er-

kenne an den Zahlen, «dass wir ein Ausgabenproblem haben». Man müsse das Wünschbare vom Machbaren trennen.

Sandra Niederberger (SP, Hergiswil) hielt fest, die Grüne/SP-Fraktion stehe hinter dem Budget. Es falle auf, dass die Steigerungen vor allem in den Bereichen Gesundheit, IT und Bauten anfielen. Sie rief dazu auf, auch der Kultur Sorge zu tragen.

In der Detailberatung strich das Parlament 200 000 Franken aus der Investitionsrechnung. Das Geld war dafür vorgesehen, beim Dürrensee in Emmetten eine Notstrasse, die bei Überschwemmungen genutzt wird, definitiv auszubauen. Das mache aus Sicht der Fiko keinen Sinn, sagte Jörg Genhart. Armin Odermatt (SVP, Oberdorf) setzte ein Fragezeichen hinter die jährlichen Unterhaltskosten.

Stefan Müller (SVP, Emmetten) hielt fest, wenn man etwas mache, solle man es richtig machen. Er plädierte für ein preislich optimiertes Projekt zur Anhebung der Kantonsstrasse.

Der Landrat genehmigte das Budget 2022 und die Finanz- und Investitionspläne für die Jahre 2023 und 2024 einstimmig. Vom Investitionsplan für 2025 und 2026 nahm er Kenntnis.

## Nachhaltigkeit wird wichtiger

Die Regierung prüft, ob Projekte der öffentlichen Verwaltung künftig systematisch auf ihre Nachhaltigkeit geprüft werden sollen.

Der Kanton Nidwalden soll eine Vorbildrolle gegenüber der Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft sowie den Gemeinden übernehmen. Der Landrat hat am Mittwoch beschlossen, dass die Regierung einen vertiefenden Bericht über die Einführung einer Nachhaltigkeitsprüfung (NHP) in der öffentlichen Verwaltung erstellen soll.

Das Anliegen geht zurück auf ein Postulat von Alexander Huser (Grüne, Ennetbürgen). Mit einer NHP würden staatliche Aktivitäten auf bestimmte Nachhaltigkeitskriterien geprüft. Bei der Regierung traf der Vorstoss auf offene Ohren. Sie erachte eine NHP grundsätzlich als nützliches Instrument zur gesamtheitlichen Überprüfung und allfälligen Verbesserung kantonaler Vorhaben, erklärte Landwirtschafts- und Umweltdirektor Joe Christen.

### Nur ohne personelle und finanzielle Folgen

Auch die Kommission für Bau, Planung, Landwirtschaft und Umwelt (BUL) begrüsse das Vorhaben, sagte Kommissionspres-

cher Markus Walker (SVP, Ennetmoos). Füge dann jedoch das «aber» hinzu: «Die Nachhaltigkeitsprüfung muss ohne finanzielle und personelle Folgen möglich sein, sonst sieht die BUL es kritisch.» Für die SVP-Fraktion ergänzte er, dass es we-

«Wir sind gegen den Ausbau der Bürokratie und Leistungserweiterungen.»



Josef Bucher  
Die Mitte, Buochs

der personelle noch finanzielle Folgen haben dürfe und dass keine ideologischen Kriterien angewendet würden, sonst lehne die SVP das Vorhaben ab.

Josef Bucher (Mitte, Buochs) stellte ebenfalls die Frage, ob es für die NHP mehr Mitarbeiter brauche. «Wir sind gegen den Ausbau der Bürokratie und Leistungserweiterungen.»

### Bericht soll zeigen, ob es die NHP braucht

Der Landrat folgte schliesslich mit 42:9 Stimmen der Regierung, die das Postulat unterstützte. Es sei sinnvoll, einen vertiefenden Bericht zur Einführung einer NHP in der öffentlichen Verwaltung zu erstellen, sagte Joe Christen. Darin seien neben den Auswirkungen auch die Anforderungen und Bedingungen zu prüfen. «Der Bericht soll die Grundlage bilden für den späteren Entscheid, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Nachhaltigkeitsbeurteilung in der öffentlichen Verwaltung implementiert werden soll.»

Philipp Unterschütz

## Denkmalpflege bleibt im Bildungsdepartement

**Landrat** Die Denkmalpflege ist bei der Bildungsdirektion am richtigen Ort und soll deshalb nicht bei der Baudirektion angegliedert werden. Dies hielt die Regierung in ihrer Antwort auf eine Interpellation fest, die Josef Bucher (Die Mitte, Buochs) eingereicht hatte. Die administrativen und fachlichen Abläufe könnten effizienter gestaltet werden, wenn die Denkmalpflege in die Baudirektion integriert würde, hatte Bucher in seinem Vorstoss argumentiert.

### Regierung fürchtet Interessenkonflikte

Eine Überführung der Denkmalpflege in die Baudirektion könne zwar unter Umständen neue Synergien schaffen, räumte die Regierung in ihrer Antwort ein. Die Denkmalpflege habe aber mit dem kulturhistorischen Bezug eine andere Perspektive in Diskussionen rund um Baubewilligungsverfahren. Die Regierung befürchtet, dass das neue Planungs- und Baugesetz im Zusammenhang mit dem Inventar der schützenswerten Ortsbilder zu Interessenskonflikten führen könnte. Für die Bewilligungsbehörden sei die Interessensabwägung im

Konfliktfall besser zu bewältigen, wenn zwei verschiedene Stellen – also die Baudirektion und die Bildungsdirektion – ihre Positionen vertreten.

### Harsche Kritik an der Arbeit der Denkmalpflege

Seine Zufriedenheit halte sich in Grenzen, bewertete Josef Bucher die Antwort der Regierung. Seines Erachtens sei die Gewichtung der Zusammenarbeit im kulturhistorischen Bereich zu hoch angesetzt. Er und die Mitte-Fraktion seien der Meinung, die Synergien würden bei einer Verlegung ins Baudepartement überwiegen und die Geschäfte könnten beschleunigt werden.

Harsche Kritik an der Arbeit der Denkmalpflege äusserte Edi Engelberger (FDP, Stans). Die Denkmalpflege habe sich zur übergeordneten Baubewilligungsbehörde entwickelt, ihr Vorgehen sei unstrukturiert und ineffizient. Das Problem werde verwaltet und bewirtschaftet, so Edi Engelberger. Mit dem seit kurzem im Amt stehenden neuen Denkmalpfleger biete sich die Chance für Neues. Er hoffe, dass die neue Führung klare Wege aufzeige und nicht Projekte verhindere. (unp)